



Revision Richtplan

# Keine weitere Verdrängung von KMU

**Der Regierungsrat hat Mitte September eine Revision des Richtplans beschlossen. Dabei ist er teilweise auf die Kritik des Gewerbeverbandes Basel-Stadt eingegangen. Nach den Worten müssen jetzt aber Taten folgen.**

Im Dezember letzten Jahres hat der Gewerbeverband Basel-Stadt auf die Vielzahl der Schwächen der geplanten Richtplananpassung hingewiesen. Der Regierungsrat hat nun auf die Kritik reagiert und einige Anpassungen wieder rückgängig gemacht.

So wird der Satz «Lärmintensives Gewerbe soll in geeigneten Gebieten einen Standort finden» nun doch nicht aus dem Richtplan gelöscht. Auch die Aussage «Der

Gefahr der Verdrängung von kleinen und mittleren Unternehmen wird durch Flächenmanagement entgegengewirkt» wird umformuliert im Richtplan aufgeführt. Gewerbedirektor Gabriel Barell betont: «Jetzt müssen die Vorgaben aber in die Praxis umgesetzt werden, denn der Druck auf die Wirtschaftsflächen steigt von Jahr zu Jahr.» Damit Unternehmen vor der Verdrängung geschützt werden und einen guten Standort finden, braucht es auch die entsprechenden Flächen.

## **Abstimmung am 25. November**

Das Lysbüchel-Areal bietet das grösste Potenzial in der gesamten Stadt für eine Weiterentwicklung als Wirtschaftsfläche. Dies hat eine Studie des Instituts für Wirtschaftsstudien Basel ergeben. Die Wirtschaft braucht ent-

sprechende Flächen mit Entwicklungspotenzial. Denn nur so kann der Wirtschaftsstandort attraktiv bleiben.

Um der Vertreibung von Unternehmen entgegenzuwirken, braucht es ein Nein zur Fehlplanung Lysbüchel, über die Basel-Stadt am 25. November 2018 abstimmt. Andere Areale in Basel-Stadt wie Klybeck, Walkeweg und Dreispitz Nord eignen sich bedeutend besser für neuen Wohnraum. Auf dem Lysbüchel würden die neuen Wohnungen neben Kehrrichtverbrennung, Elsässerbahn und Schlachthof stehen. Dafür darf nicht die beste Wirtschaftsfläche der Stadt geopfert werden.

Weitere Informationen zum Referendum gegen die Fehlplanung Volta Nord unter: [www.lysbuechel.ch](http://www.lysbuechel.ch)

«Spitzhacke»

KOLUMNE

## Steuergeld? Her damit!

Dabei hat sich die «Spitzhacke» so fest vorgenommen, nicht schon wieder über die Verwaltung zu schreiben. Und dann passiert so etwas. Da muss die «Spitzhacke» all die guten Vorsätze in die Tonne schmeissen und halt doch wieder die Verwaltung thematisieren, oder genauer: das Bundespersonal, oder noch genauer: deren Gewerkschaft. Da hat die Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB) doch glatt gemerkt, dass es den Bundesfinanzen «glänzend» geht und was macht sie? Ist doch klar: einen fetten Forderungskatalog präsentieren, wie man mit dem Geld das Leben der Staatsangestellten erleichtern könnte.

Also nicht, dass jetzt bekannt wäre, dass diese in prekären Verhältnissen schuffen müssten. Das wäre angesichts eines Durchschnittslohns von 125000 Franken, der Arbeitszeitregelungen, Pensionskasse etc. doch ein wenig übertrieben.

Aber die VGB hält das natürlich nicht ab. So soll es künftig möglich sein, 50 Minusstunden ins neue Jahr zu nehmen (apropos Arbeitsbelastung). Je zwei Monate mehr bezahlter Vaterschafts- und Mutterschaftsurlaub sollen auch her, plus vier Monate bezahlter Urlaub zur Pflege von Angehörigen, und alle sollen auf ein 60 Prozent-Pensum reduzieren können, wenn sie wollen.

So weit so dreist. Die Frage ist allerdings: Warum haben die Staatsangestellten das Gefühl, die Bundesgelder stünden zu ihrer freien Verfügung? Antwort: Keine Ahnung!